

# Tabak-Arbeiter

Nr. 32 / Bremen, den 10. August 1929

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. Monatlicher Bezugspreis 40 $\frac{1}{2}$  ohne Bringerlohn. — Anzeigenpreis 50 $\frac{1}{2}$  für die viergespaltene Pettigelle. Schluß der Redaktion und der Anzeigenannahme Montag abend. Verantwortlich für den redaktionellen Teil Ferdinand Dahms, für den Anzeigentell Oswald Franz. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Ferdinand Husung. — Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt J. H. Schmalzfeldt & Co. Sämtlich in Bremen

Verbandsvorstand, Redaktion und Expedition: Bremen, An der Weide 20., Telefon: An: Domsheide 20780. Geld- und Einschreibsendungen an Johannes Krohn, Postfach 5341 beim Postfachamt: Hamburg. Bankkonto: Bankabteilung der Großhandlungsgesellschaft deutscher Consumvereine m. B., Hamburg, und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Filiale Bremen. Verbandsvorsitzender: Ferdinand Husung, Bremen. Verbandsauschüßvorsitzender: L. Schöner, Hamburg, Beienbindehof 57, Zimmer Nr. 24

## Der Verfassungstag und die Gewerkschaften

Am 11. August dieses Jahres jährt sich zum 10. Male der Tag, an welchem die gegenwärtige Reichsverfassung in Kraft gesetzt wurde. Als sie der damalige Reichspräsident, unser verstorbener Fritz Ebert, unterzeichnete, ahnte wohl niemand, daß sich unter dem Schirm dieser Verfassung das politische und wirtschaftliche Leben Deutschlands so rasch und umfassend konsolidieren würde. Die Arbeiterklasse hat allen Grund, am Tage des zehnjährigen Bestehens der Reichsverfassung sich mit dieser selbst und mit deren Wirksamkeit zu beschäftigen. Denn letzten Endes ist sie das Fundament und der Träger der Reichsverfassung. Wenn wir uns 10 Jahre zurückversehen, so zittert in uns eine Zeit nach, wo manches in trübem Dunkel gehüllt war. Das arbeitende Volk Deutschlands hatte die politische Staatsgewalt ergriffen, doch tauchten in einsichtigen Köpfen bange Zweifel auf, ob diese Herrschaft in Folge der mangelhaften Vorbedingungen auf die Dauer gehalten werden könnte. Die Mehrzahl der Arbeiterschaft und mit ihnen die Gewerkschaften entschieden sich für die politische Demokratie. Sie sahen in der neuen Staatsverfassung nicht ihr Endziel, sondern den Boden auf dem die Arbeiterklasse ihren Entscheidenden Einfluß auszuüben gewillt war. In der Weimarer Verfassung war vieles verwirklicht, was die Arbeiterklasse seit Jahrzehnten erstrebt hatte. In dem Artikel 1 der Verfassung, der da lautet: „Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus“ sah die deutsche Arbeiterschaft eine Verwirklichung des Grundsatzes der Demokratie. Das Prinzip der Volkshoheit war dadurch zum beherrschenden System erhoben. Und da die Mehrheit des deutschen Volkes aus Lohn- und Gehaltsempfängern besteht, so ruht in dieser breiten Schicht der herrschende Faktor durch den und mit dem alle Politik in Deutschland ihre Fixierung erhält. Noch ist diese zur Herrschaft berufene breite Schicht des Volkes nicht reif, ihre eigenen Geschicke in die Hand zu nehmen und zu meistern. Ein sehr großer Teil, wenn nicht die Mehrheit, gibt nicht sozialistischen, sondern den sogenannten bürgerlichen Parteien ihre Stimme. Namentlich hat sich das Frauenwahlrecht in dieser Beziehung noch nicht als das bewiesen, was von ihm erhofft wurde. Hier ist noch eine jahrelange Aufklärung notwendig, um breiten Schichten des Volkes den Gedanken näherzubringen, daß ihr eigenes Geschick in ihre Hand gelegt ist. Es ist Aufgabe der Gewerkschaften, den deutschen Arbeitern und den deutschen Arbeiterfrauen einen starren und unbeugbaren Willen in politischen und wirtschaftlichen Kämpfen beizubringen.

Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit ist noch nicht soweit zu seinem Verfassungstag, wie Gottfried Keller es ersehnt und besungen hat, „an einem frohen Sommertag das ganze Volk zum Fest des freien Volksstaates zu vereinigen“. Ein großer Teil deutscher Volksgenossen arbeitet mit allem Nachdruck daran, den alten Klassenstaat wieder aufzurichten. Es sind in der deutschen Bevölkerung noch massenhaft rückständige Elemente vorhanden, die sich mit der neuen Zeit nicht ausöhnen können. Diese arbeiten daran, nützlichfalls mit Gewalt, das Rad der Zeit zurückzudrehen. Wenn wir auch der seltenen Ueberzeugung sind, daß dies nicht gelingen wird, so sind diese Bestrebungen doch als ein Faktor der politischen Unruhe zu werten. In dem Kampf der Reaktion spielt die Weimarer Verfassung eine große Rolle. Doch den Sack schlägt und den Esel meint man. Man will mit der Befestigung der Reichsverfassung den Einfluß des arbeitenden Volkes auf allen Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Lebens ausschalten. Darum geht letzten Endes der Kampf. Und deshalb ist uns die gegenwärtige Reichsverfassung mehr als lediglich eine politische Einrichtung. Mit der Stabilisierung der gegenwärtigen Verfassung schützen wir zugleich den Einfluß der

Arbeiterklasse in den großen Schaltwerken der Politik und des öffentlichen Lebens. Wenn wir das tun wollen, so muß unser Ziel darauf gerichtet sein, den Flugjand der Unentschlossenen zwischen den Parteien, das Heer der Verbitterten und Verärgerten zu verringern und zu beseitigen.

Gerade auf diesem Gebiete zeigt es sich, daß die jahrhundertelange Erziehung des deutschen Volkes in falsche Bahnen gelenkt war. Das deutsche Volk ist nicht dazu erzogen, seine eigenen Geschichte selbst zu meistern. Noch heute hat es Gültigkeit, was der große Gelehrte und Denker Aristoteles vor mehr als 2000 Jahren sagte: „Das wichtigste für den Bestand einer Staatsform ist eine der Verfassung angemessene Erziehung. Die heilsamsten Gesetze, hervorgegangen aus einmütiger Entschließung aller Staatsbürger, fruchten nichts, solange nicht Sorge getragen wird, daß die einzelnen sich in sie hineinleben und im Geiste der Verfassung erzogen werden.“ Hiermit wird eines der dunkelsten Kapitel der Nachkriegszeit berührt. Noch heute ist die Jugend in Deutschland einer reaktionären Gesellschaft, die sich auf den Rathedern der Schulen breitmacht, ausgeliefert. Die letzten Demonstrationen der Hochschuljugend gegen die Anordnungen der Preussischen Staatsregierung haben dies deutlich gezeigt. Leider erweist sich die Republik zu schwach, um hier mit eisernem Besen auszukehren. Da ist es ein Glück, daß sich die deutsche Arbeiterschaft in den Gewerkschaften Erziehungsorgane schuf, die die Charaktere aus der breiten Masse des Volkes auszusieben in der Lage sind. Die Schule der Organisation holt das nach, was die staatlichen Erziehungsanstalten veräußert haben und noch veräußern. Bis in die neueste Zeit waren alle Lehranstalten darauf gerichtet, nicht freischaffende Menschen, sondern Knechtsseelen zu erziehen. Ein innerlich nicht freier Mensch kann auch nicht für die Freiheit anderer wirken.

Wenn die in den Gewerkschaften vereinigte Arbeiterschaft sich für die gegenwärtige Staatsverfassung einsetzt, so weiß sie, daß sie in diesem Verfassungswerk Voraussetzungen für die Durchführung des wirtschaftlichen Kampfes verteidigt. Nur auf dem Untergrund des freien Volksstaates kann der Gewerkschaftskampf auf Erfolg rechnen. Aber wir vergessen dabei nie, daß auch die freieste Demokratie die Arbeiterschaft nicht vor der wirtschaftlichen Unterdrückung zu befreien vermag. In der politischen Demokratie ist der Untertan zum Staatsbürger geworden. Aber der Staatsbürger ist noch immer trotz allen politischen Freiheiten Wirtschaftsuntertan. Gewisse Ansätze, den Hand- und Kopsarbeiter zum Wirtschaftsbürger zu erheben, sind in der Verfassung vorhanden. Das Wort der Reichsverfassung „Eigentum verpflichtet“ hat bei den deutschen Unternehmern noch nicht die genügende Resonanz gefunden. Solange große Menschenmassen der Arbeitslosigkeit überantwortet sind, solange noch Mangel und Elend, Not und Verzweiflung herrscht, solange können wir nicht von einem vollendeten Staatswesen reden. Bedürfnisse und Arbeitskräfte, Arbeitsstoff und Arbeitsmittel sind in genügender Weise vorhanden. Es kommt nur darauf an, sie miteinander in die richtige Beziehung zu bringen.

Aus diesen Gründen haben die Gewerkschaften die Forderung der Wirtschaftsdemokratie zu ihrem Programm erhoben. Die Durchführung der Wirtschaftsdemokratie schafft erst die Bedingungen, die ein wahrhaft freies Staatswesen haben muß. Und an dem Tage, wo neben der politischen Demokratie die wirtschaftliche Freiheit triumphiert, werden wir das Hohelied auf die Demokratie uneingeschränkt singen können. Wenn die Verwirklichung dieses Zieles nicht in ferne Zeiten verlegt werden soll, so müssen die arbeitenden Massen sich noch wesentlich mehr rühren als bisher.



# Tabakgewerbe



## Aus der Arbeitslosenversicherung

Auf Grund des § 215 Absatz 2 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AWAVG.) beauftragte der Reichsarbeitsminister durch Erlaß vom 11. März dieses Jahres den Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, eine Erhebung über die Grundlagen der Arbeitslosenversicherung, insbesondere über das Arbeitschicksal der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und in der Sonderfürsorge bei berufstätlicher Arbeitslosigkeit zu veranstalten.

Die Ergebnisse dieser Erhebung liegen nun vor und sind in einer Beilage zum Reichsarbeitsblatt Nr. 21 veröffentlicht worden. Wegen ihres Umfangs müssen wir uns darauf beschränken, nur insoweit von den Ergebnissen der Erhebung Kenntnis zu geben, als sie die Berufsgruppe 13c (Tabak- und Zigarrenarbeiter) nach dem Berufsverzeichnis für die Arbeitsnachweisstatistik berühren.

Von den 1760 837 männlichen Hauptunterstützungsempfängern in der Arbeitslosenversicherung, die am 15. März dieses Jahres gezählt wurden, waren 5796 oder 0,3 v. H. Zigarrenarbeiter. Am gleichen Tage waren von den 303 515 weiblichen Hauptunterstützungsempfängern 21 284 oder 7,0 v. H. Tabakarbeiter. Insgesamt wurden demnach von 2 064 352 Hauptunterstützungsempfängern 27 080 oder 1,3 v. H. Tabakarbeiter gezählt. Die beiden Tabakarbeiterverbände hatten am 30. März dieses Jahres 22 082 Arbeitslose, davon der Deutsche Tabakarbeiterverband 4102 männliche und 12 526 weibliche. Es verbleiben also immer noch rund 5000 Hauptunterstützungsempfänger, die entweder von den Tabakarbeiterverbänden nicht erfaßt worden sind oder unorganisiert waren; wobei noch in Rechnung gestellt werden muß, daß nicht alle von den Tabakarbeiterverbänden gezählten Arbeitslosen Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung gewesen sind.

Es sind aber nicht nur Feststellungen über die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger gemacht worden, sondern der weitere Zweck der Erhebung war, die Dauer der versicherungspflichtigen Beschäftigung im ersten Jahre vor der Arbeitslosmeldung zu erfassen. Von den oben angeführten Hauptunterstützungsempfängern konnte das Arbeitschicksal bei 22 954 Tabakarbeitern ein Jahr und länger vor der Arbeitslosmeldung zurück verfolgt werden. Deren versicherungspflichtige Beschäftigung innerhalb des Jahres vor der Arbeitslosmeldung hat betragen:

bei	bis 13 Wochen	über 13—25 Wochen	über 26—39 Wochen	über 39—51 Wochen	über 52 Wochen	insges.
Männlichen	29	60	58	617	1328	2 850
Weiblichen	64	371	170	1974	4444	10 991
	93	431	226	2591	5772	13 841

Von 100 Hauptunterstützungsempfängenden Tabakarbeitern haben innerhalb des letzten Jahres vor der Arbeitslosmeldung, soweit sie in diesem Jahre die 26wöchige Anwartschaft erreichten, in versicherungspflichtiger Beschäftigung gestanden:

	26 Wochen	über 26—39 Wochen	über 39—51 Wochen	über 52 Wochen	Insgesamt
Männlich . . . .	1,2 (3,2)	12,7 (35,6)	27,4 (85,4)	58,7 (25,8)	100 (100)
Weiblich . . . .	1,0 (2,6)	11,2 (28,0)	25,3 (83,8)	62,5 (35,6)	100 (100)

(Eingeklammert sind jedesmal die Verhältniszahlen sämtlicher Berufsgruppen.)

## Die Struktur der Rautabakbranche

Unsere Veröffentlichungen über die Struktur der Tabakindustrie und ihrer einzelnen Zweige, die auch außerhalb der Tabakarbeiterschaft nicht unbeachtet geblieben sind, sollen, soweit das Jahr 1928 in Betracht kommt, in dieser Nummer des „Tabak-Arbeiter“ zum Abschluß gebracht werden. Zu berichten ist noch über die Rautabakbranche und die Vergärungsbranche. Wir beginnen mit einer Darlegung der Verhältnisse in der Rautabak-

branche. Die 2848 Arbeiter, die dort Ende 1928 erfaßt wurden, verteilten sich auf die einzelnen Berufe und Geschlechter wie folgt:

	m.	wbl.	Auf je 100 Arbeiter	
			1927	1928
Handspinner	497	75	572	19,3
Maschinenspinner	3	20	23	2,5
Rollenmacher	287	139	406	14,0
Arbeiter	29	21	50	1,8
Vorleger	10	601	611	21,7
Deckermacher	5	358	363	13,6
Musripper	12	126	138	4,8
Baker und sonstige Arbeiter	268	417	685	22,8
	1091	1757	2848	100,0

Bei einem Vergleich mit den anderen Zweigen der Tabakindustrie zeigt sich, daß die Zahl der männlichen Arbeitskräfte in der Rautabakbranche immer noch am größten ist. Ueber die Größenverhältnisse der Betriebe, in denen die Ende 1928 gezählten Arbeiterinnen und Arbeiter beschäftigt waren, unterrichtet die folgende Zusammenstellung:

Arbeiter	Auf je 100 der Betriebe	
	1927	1928
1—4 Arbeiter	9	24
5—9 „	9	66
10—19 „	14	168
20—49 „	11	337
50—99 „	5	324
100—199 „	1	166
200—499 „	3	1058
500—999 „	1	705
	53	2848

Ueber 60 v. H. aller Arbeiterinnen und Arbeiter waren demnach in den vier Betrieben tätig, die 200 und mehr Arbeitskräfte beschäftigen, so daß mit Zug und Recht gesagt werden kann, daß der größte Teil des Rautabaks in Großbetrieben (die Großfirmen gehören, wie sich aus der nachstehenden Tabelle ergibt) hergestellt wird. Beschäftigt waren:

Arbeiter	Auf je 100 der Firmen	
	1927	1928
1—4 Arbeiter	9	9
5—9 „	6	6
10—19 „	13	13
20—49 „	10	11
50—99 „	3	3
200—499 „	2	2
500—999 „	2	9
	45	58

Zwei Firmen beschäftigen also mehr als die Hälfte aller in der Rautabakbranche gezählten Arbeiterinnen und Arbeiter. Zu erwähnen ist dann noch, daß über 70 v. H. der Arbeitskräfte in Orten tätig sind, die 25 000 bis 50 000 Einwohner haben, wozu auch Nordhausen, das Haupt der Rautabakbranche, gehört. Weitere Einzelheiten über die Größenverhältnisse der Orte mit Rautabakherstellung sind aus der nun folgenden Zusammenstellung ersichtlich:

Orte	Bev.	Arb.	Auf je 100 der Betriebe				
			1927	1928	1927	1928	
1000 bis 2500 Einw.	5	6	69	12,5	13,9	8,6	11,3
2500 bis 5000 „	5	6	52	15,-	13,9	12,1	11,3
5 bis 10,000 „	5	9	38	15,-	13,9	10,3	9,4
10 bis 25 000 „	4	4	348	7,5	11,1	5,2	7,6
25 bis 50 000 „	3	16	2 044	10,-	8,3	29,3	30,2
50 bis 100 000 „	6	7	144	17,5	16,7	13,8	13,2
100 bis 250 000 „	3	4	96	7,5	8,3	6,9	7,6
250 bis 500 000 „	5	5	57	12,5	13,9	12,1	9,4
über 500 000 „	—	—	—	2,5	—	1,7	—
	36	53	2848	100,-	100,-	100,-	100,-

## Die Vergärungsbranche

Nicht so umfangreich wie in den anderen Zweigen der Tabakindustrie ist das Ergebnis der Erhebungen vom Dezember 1928 in der Vergärungsbranche. Dort sind Feststellungen über die Berufszugehörigkeit nicht gemacht worden, weil die Tätigkeit der einzelnen Arbeiterinnen und Arbeiter beruflich nicht so scharf abgegrenzt ist. Auch von einer Erhebung über die Zahl der Firmen ist Abstand genommen worden, weil Betriebe und Firmen in der Vergärungsbranche an Zahl gleich sind. Es verbleiben also nur noch zwei Zusammenstellungen, die den Leserinnen und Lesern des „Tabak-Arbeiter“ nicht vorenthalten werden sollen. Die erste, die über die Größerverhältnisse der Betriebe nach der Zahl der beschäftigten Arbeiter unterrichtet, sieht so aus:

	Betr.	Arbeiter	Auf je 100 der			
			Betriebe		Arbeiter	
	1927	1928	1927	1928		
1 bis 4 Arbeiter	3	5	21,—	16,7	4,—	1,—
5 bis 9 "	3	23	15,8	16,7	6,8	4,6
10 bis 19 "	3	50	31,6	16,7	28,4	9,9
20 bis 49 "	7	197	31,6	38,9	60,8	39,1
50 bis 99 "	1	89	—	5,5	—	17,6
100 bis 199 "	1	140	—	5,5	—	27,8
	18	504	100,—	100,—	100,—	100,—

Von den 504 Arbeitern waren 118 männlich und 386 weiblich. Im übrigen zeigt diese Zusammenstellung, daß die Zahl der Arbeitskräfte in den Kleinbetrieben immer weniger wird, während sie in den größeren Betrieben im Zunehmen begriffen ist. Ueber die Größerverhältnisse der Orte, in denen sich die Vergärungsbetriebe befinden, gibt die folgende Zusammenstellung Aufschluß:

	Orte	Betr.	Arbeiter	Auf je 100 der			
				Orte		Betriebe	
	1927	1928	1927	1928	1927	1928	
1000 bis 2500 Einw.	1	1	8	—	12,5	—	5,5
2500 bis 5000 "	2	2	96	20,—	25,—	5,2	11,1
5 bis 10000 "	2	5	127	20,—	25,—	15,8	27,8
10 bis 25000 "	1	4	63	20,—	12,5	26,3	22,2
25 bis 50000 "	1	1	140	20,—	12,5	5,3	5,6
100 bis 250000 "	1	5	70	20,—	12,5	47,4	27,8
	8	18	504	100,—	100,—	100,—	100,—

Damit schließen wir unsere diesjährigen Veröffentlichungen über die Struktur der Tabakindustrie ab in der Hoffnung, daß die Kollegenschaft den Wert statistischer Erhebungen mehr noch als vordem zu würdigen versteht und sich bemüht, die von ihr gewünschten statistischen Angaben immer rechtzeitig und vollständig einzusenden. Wer auf diesem Gebiete verfaßt oder nachlässig ist, verhindert eine richtige Darstellung der Tabakarbeiterverhältnisse.

## Der gebildete Herr v. B.

[ Aus Oberbaden wird uns geschrieben:

Unsere oberbadischen Fabrikanten verstehen es meisterhaft, die gegenwärtige schlechte Lage in der Zigarrenbranche gründlich auszunützen. Durch Kurzarbeit, schlechtes Material und rigorose Behandlung werden die Arbeiter fast zur Verzweiflung gebracht. Wem es irgend möglich ist — hauptsächlich jüngere Arbeitskräfte — wandert ab in andere Industrien. Das rächt sich später jedenfalls an den Unternehmern, aber danach fragen die Herren nichts. Heute fühlen sie sich so recht wieder als Herr im Hause und zeigen dies bei jeder Gelegenheit. Unliebsame Arbeiter werden einfach auf die Straße gesetzt oder bei Wiederaufnahme des stillgelegten Betriebes nicht mehr eingestellt. Die Stilllegung ist den Herren ein willkommenes Mittel, diejenigen, die die Rechte der Arbeiter zu wahren wußten, aus den Betrieben zu entfernen. Ein Herr v. B., der sonst ein fein gebildeter Herr sein will, aber sich, scheint's, immer noch als Militär fühlt, scheut sich nicht, seine Leute als Idioten zu bezeichnen und ihnen in ihrer Abwesenheit die Arbeit nicht nur zu tadeln, sondern gewaltsam kaputtzumachen. Wirklich sein von dem Herrn, was? Dabei verdienen die Leute teilweise in 8 Stunden 1,92 RM. und müssen sich dafür noch beschimpfen lassen. Gegen Derartiges gibt es nur ein Mittel: eine gute Organisation. Deshalb hinein in den Deutschen Tabakarbeiter-Verband, soweit es noch nicht geschehen ist. Dann werden auch die Verhältnisse besser werden. Je unterwürfiger die Arbeiter sind, desto frecher werden die Unternehmer,

## Josef Hemann auf dem Gimpelfang

Der Zentralverband christlicher Tabakarbeiter Deutschlands, der in Schlesien zwei Sekretäre unterhält, kann trotz großer Hilfe, die die Herren Geistlichen und einige Fabrikanten ihm dort zuteil werden lassen, keine Lorbeeren ernten. In Oppeln soll es vorgekommen sein, daß der Geistliche alle anwesenden Tabakarbeiter gleich nach Schluß der Kirche in die Tabakarbeiterversammlung kommandierte. So hatte Josef Hemann vom Zentralverband christlicher Tabakarbeiter Deutschlands das seltsame Glück, vor ungefähr 100 Tabakarbeiterinnen sein Sprüchlein herjagen zu können und den „gottlosen roten Tabakarbeiterverband“ ordentlich zu vermöbeln. Von den Anwesenden hatten sich acht Frauen aufnehmen lassen. Eintrittsgeld wurde nicht bezahlt und soll auch heute nach drei Monaten noch nicht bezahlt worden sein. Also auch die Hilfe der Geistlichen allein genügt nicht mehr. Man sieht sich deshalb nach anderen Hilfsmitteln um und sucht Angestellte in den Zigarrenfabriken vor seinen Karren zu spannen, wie aus folgendem Schreiben, welches uns ein günstiger Wind zugetragen hat, ersichtlich ist:

Zentral-Verband  
christlicher Tabakarbeiter  
Geschäftsstelle Breslau  
Breslau II, Leichstr. 24 II.  
Telephon 54462

Breslau, den 24. Juli 1929.

Herrn

Paul Bähold,  
Goldberg  
Neue Str. 6.

Sehr geehrter Herr Bähold!

Vor einigen Tagen war ich in Goldberg, um mich über die dortigen Verhältnisse in der Zigarrenindustrie zu erkundigen. Ich habe dabei festgestellt, daß auch in Goldberg einige Zigarrenfabriken sind. Um mich dann über die Verhältnisse näher zu erkundigen, habe ich mich an den dortigen Pfarrer Herrn Basler gewendet. Derselbe gab mir dann Ihre Adresse an und machte mich darauf aufmerksam, daß Sie bei der größten Zigarrenfabrik Firma Bladel & Geist als Angestellter tätig sind. Ich habe Sie auch besucht, konnte Sie aber leider nicht zu Hause antreffen. Da wir vom christlichen Tabakarbeiter-Verband ein großes Interesse daran haben, auch die dortigen Zigarrenarbeiter für unseren Verband zu gewinnen, möchte ich Sie bitten, mir umgehend einmal Bescheid zukommen zu lassen, wieviel Zigarrenfabriken es in Goldberg gibt, wieviel Arbeiter in der Zigarrenindustrie beschäftigt sind und ob die Möglichkeit bestände, mit unserem Verband dort Eingang zu finden. Gerade in dem Betrieb, in dem Sie angestellt sind, müßte es möglich sein, etwas zu erreichen. Ich nehme an, daß auch Sie Interesse daran haben, daß die dort beschäftigten Tabakarbeiter nicht dem roten Tabakarbeiter-Verband angehören, sondern sich im christlichen Tabakarbeiter-Verband betätigen.

Also nochmals die Bitte, seien Sie so freundlich und geben Sie mir umgehend die gewünschte Auskunft. Vielleicht haben Sie Gelegenheit, uns in dieser Arbeit behilflich zu sein. Ich wäre Ihnen sehr dankbar dafür.

Für Ihre Mühewaltung im voraus bestens dankend und einer gefälligen Antwort entgegensehend, zeichnet

hochachtungsvoll  
Josef Hemann.

Es ist wohl nicht nötig, auf dieses Schreiben näher einzugehen, denn es besagt auch ohne Kommentar genug über die Werbemethoden des Zentralverbandes christlicher Tabakarbeiter Deutschlands. Die Goldberger Tabakarbeiter lassen Herrn Hemann jedoch sagen, daß sie sich in dem roten Tabakarbeiter-Verband recht wohl fühlen und gar kein Bedürfnis haben, sich in einer Organisation zu betätigen, die sich wohl christlich nennt, im übrigen aber nicht immer christlich handelt. Wenn Josef Hemann Erfolge erzielen will, muß er sich schon ein anderes Tätigkeitsgebiet suchen. Den roten Verband in seinem Lauf, hält weder Ochsen noch Esel auf.

## Lohnvereinbarung in Trier

In den Verhandlungen am 30. Juli 1929 ist eine Einigung zustande gekommen, nach der vom 1. August an für die Zigarrenbranche in Trier folgende Lohnbestimmungen gelten:

1. Hilfsarbeiterinnen-Stundenlöhne: Bis zu 17 Jahren 0,34 M., von 17 bis 20 Jahren 0,44 M., über 20 Jahre 0,56 M.
2. Männliche Hilfsarbeiter-Wochenlöhne: Bis zu 17 Jahren 20,16 M., von 17 bis 19 Jahren 26,88 M., von 19 bis 22 Jahren 36 M., über 22 Jahre 44,64 M.
3. Handwerker-Wochenlöhne: Bis zu 24 Jahren 52,32 M., über 24 Jahre 57,12 M.

4. Alle in Tabakabteilungen im Stundenlohn beschäftigten Arbeiter erhalten einen Zuschlag von 10 Prozent. Den gleichen Zuschlag erhalten Arbeiter, die in den Tabakabteilungen, ferner die Handwerker, so lange sie in diesen im Betrieb befindlichen Abteilungen beschäftigt sind. Dieser 10prozentige Zuschlag wird nicht bezahlt, wenn der betreffende Arbeiter oder Arbeiterin als Tabakschneider, Messerschleifer, Vorarbeiter bzw. Vorarbeiterin schon höhere Zuschläge erhalten. Als Tabakabteilungen gelten nur diejenigen Räume, in denen Tabakblätter gelöst, gefeuchtet, geschnitten oder gemischt werden. Die Parteien sind sich darüber einig, daß dieser 10prozentige Zuschlag in folgenden Abteilungen bezahlt wird: Tabakarbeiter im Lagerhaus, im Vorfeuchtraum, im Mißraum und im Schnittlager. Tabakarbeiterinnen im Lagerhaus, im Vorfeuchtraum, im Schnittlager, in der Löferei, im Maschinenaal und in der Klassifikation.

5. Messerabzieher und -einsetzer erhalten ebenfalls 10 Prozent Zuschlag.

6. Tabakschneider und Messerschleifer, auch die in der Zentralwerkstätte Beschäftigten, erhalten auf die Wochenlöhne einen Zuschlag von 15 Prozent. Neuanzulernende erhalten in den ersten 13 Wochen die Hilfsarbeiterlöhne.

7. Die Kraftfahrer sind als Handwerker zu entlohnen.

8. Der Akkordlohn für Zigarettenarbeiterinnen wird von Fall zu Fall von der Betriebsleitung mit der Betriebsvertretung, gegebenenfalls unter Hinzuziehung der Organisationsvertreter, festgelegt. Die Akkordverdienste müssen so gestellt werden, daß ein Arbeiter oder eine Arbeiterin bei durchschnittlicher Leistungsfähigkeit und normalen Betriebsverhältnissen 20 Prozent über den Stundenlohn verdienen kann.

9. Männliche Arbeitnehmer erhalten Wochenlohn. Für die gesetzlichen Feiertage gilt der Reichstarif. Für die Arbeiterinnen gilt ferner die Bestimmung: Allen Arbeiterinnen werden wie den Wochenlöhnern die im Hauptvertrag festgelegten gesetzlichen Feiertage und die Vortage bezahlt, außerdem noch Heilige 3 Könige, Peter und Paul und Allerheiligen ohne Vortage. Feiertage werden jedoch nur dann bezahlt, wenn im übrigen die ganze Woche gearbeitet worden ist. Wenn dagegen Arbeiterinnen wegen irgendeines Grundes außer dem Feiertage noch einen oder mehrere Tage aus der Arbeit der betreffenden Woche weggeblieben sind, wird ihnen auch der in dieser Woche liegende Feiertag nicht bezahlt. Dagegen wird ihnen der Feiertag mitbezahlt, wenn durch ärztliche Bescheinigung nachgewiesen wird, daß der Arbeitsausfall durch Krankheit verursacht worden ist. Ebenso wird der Feiertag mitbezahlt, wenn das Fernbleiben durch einen wichtigen Grund verursacht wurde, der dem § 616 BGB. entspricht. Fehltage und Fehlstunden werden bei allen Wochenlöhnern unter Zugrundelegung der 48stündigen Arbeitswoche vom Arbeitslohn abgezogen, es sei denn, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen die Bezahlung der Fehlzeit verlangt werden kann.

10. Vorarbeiterinnen und Vorarbeiter erhalten 20 Prozent über den Höchstlohn der Hilfsarbeiterinnen bzw. Hilfsarbeiter.

11. Arbeiter oder Arbeiterinnen, die durch ihr Alter oder ihre Krankheit an der vollen Ausnutzung ihrer Arbeitskraft behindert sind, erhalten einen Lohn nach freier Vereinbarung mit der gesetzlichen Arbeitervertretung.

12. Die verheirateten männlichen Arbeiter erhalten zu ihrem stündlichen Lohn eine Zulage von 5 S. Alle verheirateten Arbeiter erhalten den Höchstlohn ihrer Klasse unbeschadet ihres Alters.

Dieser Vertrag gilt auf unbestimmte Zeit; er ist kündbar mit 4wöchiger Frist zum Monatschluß. Kündigung mit Wirkung vor dem 31. August 1930 ist ausgeschlossen.

## Zum Wesen der Konsumgenossenschaften

Die Konsumgenossenschaftsbewegung in allen Ländern rechnet ihre Anhänger nach Millionen und ihre wirtschaftlichen Resultate nach Milliarden. Es ist der ökonomische Vorteil der Konsumgenossenschaftsbewegung, der in erster Linie die Aufmerksamkeit der Menschen auf sie lenkt, und der auch die notwendige Voraussetzung dafür ist, daß die Konsumgenossenschaftsbewegung zu irgendwelcher Bedeutung kommen kann. Die dank ihrer zum Besten der Konsumenten gemachten Ersparnisse können auch als außerordentlich groß geschätzt werden. Allein die Summen, die an die Konsumenten zurückvergütet werden, bedeuten viel in den Haushaltungen, wobei noch hinzu kommt, daß der Konsumverein auf allen Plätzen als Preisregulator wirkt und unnötige Preissteigerungen verhindert.

Es gibt viele enge Seelen, die die Bedeutung der Konsumgenossenschaftsbewegung nur gering finden und die ihre Aufmerksamkeit nur auf den ökonomischen Vorteil richten. Doch würde die Bewegung sich nur auf diesen ökonomischen Vorteil beschränken, so würde sie nur als ein ziemlich kleiner Faktor in der Gesellschaft anzusehen sein. Beim Menschen selbst muß jeder Fortschritt der Gesellschaft beginnen. Uns helfen keine guten Gesetze und vorteilhaften politischen Verhältnisse, wenn die Menschen nicht gewachsen sind, um sie verwenden zu können. Die Ge-

nosenschaftsbewegung ist erzieherischen Einfluß aus. Sie lehrt die Menschen, zu verstehen, wie schwach der einzelne ist und welche Macht er erlangen kann, wenn er sich anderen, Gleichdenkenden anschließt. Deshalb erzielt die Konsumgenossenschaftsbewegung auch die größten Erfolge in solchen Ländern und bei solchen Völkern, die schon von früher her gewohnt sind, sich auf die organisatorische Tätigkeit zu verlassen. Ihr Ziel besteht nicht nur im Erreichen der Vorteile der Gegenwart. Die Konsumgenossenschaftsbewegung strebt nach viel größeren und weiterliegenden Zielen. Sie möchte die gegenwärtige, den Gewinn des einzelnen ins Auge fassende Wirtschaftsform beseitigen und statt dessen ein neue ins Leben rufen, die sich das Allgemeinwohl als Ziel gestellt hat.

Dieses ist ihr auch schon in großem Umfange gelungen. Obwohl die Genossenschaftsbewegung noch nicht einmal hundert Jahre alt ist, kann man ruhig sagen, daß die mit ihrer Hilfe erreichten Resultate bedeutend größer sind als die Ergebnisse der blutigsten Revolution. Und diese Resultate sind derart, daß man nicht zu befürchten braucht, sie zu verlieren, wie die Resultate mancher Revolution.

Die Genossenschaftsbewegung steht auf festem Boden. Dieses gibt das Recht, zu hoffen, daß es im zwanzigsten Jahrhundert gelingen wird, die Konsumtion auf rationellem Boden zu ordnen, eine Reform, die zur Folge haben wird, daß die Früchte der Kultur in immer größerem Maße den weniger bemittelten Volksschichten vermittelt werden können.

## Lebenshaltungskosten im Juli

Die Reichsindexzahl für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „sonstiger Bedarf“) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats Juli auf 154,4 gegenüber 153,4 im Vormonat. Sie ist sonach um 0,7 v. S. gestiegen. Diese Steigerung ist im wesentlichen auf eine Erhöhung der Ernährungsausgaben zurückzuführen, und zwar sind hier im Reichsdurchschnitt die Preise für Eier, Fleisch, Milch und Brot gestiegen, während die Gemüsepreise erheblich nachgelassen haben. Die Ausgaben für Kartoffeln haben sich erhöht, da in die Berechnung teilweise auch Kartoffeln neuer Ernte eingestellt werden mußten.

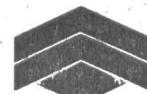
Die Indexzahlen für die einzelnen Gruppen betragen (1913/14 gleich 100): für Ernährung 155,7, für Wohnung 126,1, für Heizung und Beleuchtung 149,4, für Bekleidung 172,1, für den „sonstigen Bedarf“ einschließlich Verkehr 191,9.

## Bekanntmachungen

Am 10. August ist der 32. Wochenbeitrag fällig

Folgende Gelder sind eingegangen:

27. Juli. Reichensachsen 142,90, Lauffen 200.—, Enger 100.—, Uetersen 60.—, Duderstadt 25.—, Minden 400.—  
 29. Kaiserslautern 300.—, Spenge 250.—, München 3000.—, Ohlau 250.—  
 30. Marienburg 75.—, Dresden 3000.—, Gifhorn 37,45, Bünde 700.—, Wilster 40.—, Leipzig 500.—, Hohenheim 500.—, Dresden 600.—  
 31. Hohenheim 48.—, Stuttgart 62,90, Großenhain 100.—, Kaiserslautern 49,15, Sieben 250.—  
 1. August. Hildorf 55.—, Burgdamm 300.—, Boven den 31.—, Gießen 400.—  
 2. Kleinalmerode 180.—, Hannover 700.—, Kellinghusen 70.—, Schöned 700.—, Nordhausen 1000.—, Elbing 2500.—  
 5. Altmorschen 79,20, Ermschwerd 71,40, Roßbach 46,82.  
 Bremen, 6. August 1929. J. Krohn.



### Gummiwaren

Hygien. Artikel. Preisl. T 2 gratis. „Medicus“ Berlin SW 68, Allee Jacobstraße 8

Unserem alten Kämpfer, dem Zigarrenarbeiter Reinhart Laßwein zu seinem 65. Geburtstag die herzliche Gratulation. Die Kollegenschaft der Zahlstelle Lahr, Baden

Mittlere Zigarren-Fabrik sucht einen tüchtigen, mit allen Arbeiten vertrauten

## Sortier- und Beklebemeister

Offizien mit Zeugnisausschnitten und Opaakanzspitzen sind unter Nr. 114 an die Expedition dieses Blattes zu richten.



### Billige böhmische Bettfedern

nur reine, gutgefüllene Sorten  
 Ein Kilo ganz geschlossene 3 M,  
 halbweil 4 M, weiße 5 M, bessere  
 3 M, 7 M, daunenweich 8 M, 10 M,  
 beste Sorte 12 M, 14 M, weiße  
 ungeschliffen 7,50 M, 9,50 M, beste Sorte 11 M.  
 Versand portofrei, zollfrei gegen Nachnahme.  
 Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet.  
 Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 245  
 bei Pilsen, Böhmen.

## Gegen die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung

Am 30. und 31. Juli hielt der Bundesausschuß des ADGB seine dritte Tagung ab, die sich in der Hauptsache mit den Reformvorschlägen zur Arbeitslosenversicherung (siehe „Tabak-Arbeiter“ Nr. 81) beschäftigte. Nach einer kurzen Schilderung der Entwicklung der Finanzschwierigkeiten der Arbeitslosenversicherung gab der Berichterstatter Kollege Spliedt einen Ueberblick über die Arbeiten der für die Reform der Arbeitslosenversicherung eingesetzten Sachverständigenkommission. Er betonte, daß der Vorschlag der Einsetzung eines Sachverständigenausschusses insbesondere von den freien Gewerkschaften unbeswillen gemacht worden sei, um den teilweise äußerst unsachlichen Parteistreit in eine ruhigere Atmosphäre überzuleiten. Jedoch hätten sich die auf den Ausschuß gesetzten Erwartungen schon darum nicht erfüllen können, weil die für die Beratungen vorgesehene Zeit von vier Wochen gänzlich unzureichend gewesen sei, um die wirklich schwierigen Probleme der Arbeitslosenversicherung erschöpfend zu behandeln. Aus diesem Grunde seien beispielsweise die Heimarbeiterfrage und die Frage der unständig Beschäftigten nicht positiv geregelt, sondern dem Verwaltungsrat der Reichsanstalt zur näheren Beschlußfassung überwiesen worden. Der Ausschuß selbst dagegen habe sich vorwiegend, neben der Behandlung einzelner Akzstände, mit den finanziell besonders ins Gewicht fallenden Fragen beschäftigt. Zum Verständnis der Beschlußfassung des Ausschusses sei im übrigen die Art der Zusammenfassung entscheidend. Die freien Gewerkschaften hätten zusammen mit den Vertretern der sozialdemokratischen Fraktion nur über fünf Stimmen verfügt. Es sei auch kein wesentlicher Rückhalt an den Vertretern der anderen Gewerkschaftsrichtungen zu finden gewesen, weil insbesondere die Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften in ihrem Bestreben, Ersatzkassen für die Angestellten zu schaffen, jegliche Solidarität hätten vermissen lassen. Aber auch die im Ausschuß vertretenen Länderregierungen hätten sich weitgehend bereit gezeigt, an Verschlechterungen der Versicherung mitzuwirken. Leider müsse dieser Vorwurf auch in vollem Umfange gegenüber dem preußischen Vertreter erhoben werden.

Auf die Einzelheiten der Kommissionsberatungen eingehend,

stellte Spliedt in den Vordergrund seiner Ausführungen, daß die den dort angestellten Berechnungen zugrunde gelegte Schätzung der voraussichtlichen Arbeitslosigkeit über jedes gerechtfertigte Maß hinausgegangen sei. Die Schätzung einer jahresdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit von 1,1 Million Hauptunterstützungsempfängern in der Versicherung sei weder durch die Erfahrungen der Vergangenheit zu belegen, noch durch die zu erwartende Entwicklung des Arbeitsmarktes begründet. Auf dieser falschen Schätzung bauten sich aber die wichtigsten Ergebnisse der Kommissionsberatungen auf. Der Vorschlag der freien Gewerkschaften, eine Beitragserhöhung um 1 v. H. des Lohnes vorzunehmen, sei abgelehnt worden. Gewählt worden sei der Weg der Kombination einer Beitragserhöhung um ½ v. H. des Lohnes einerseits und Einsparungen in der Unterstützung andererseits. Diese Einsparungen sollten zu einem wesentlichen Teile durchgeführt werden durch eine Staffelung der Unterstützungshöhe nach der vorausgegangenen Anwartschaftszeit, so daß in Zukunft nur bei einer mindestens 52wöchigen, nicht durch Unterstützungsbezug unterbrochenen Beschäftigungsdauer, die heutigen Unterstützungssätze erreicht werden könnten. Die Annahme eines solchen Vorschlages würde für fast 75 v. H. der Arbeitslosen eine wesentliche Herabsetzung ihrer Unterstützung bedeuten. Es sei auch zu bestreiten, daß die weiterhin vorgeschlagene Modifikation dieses Antrages, wonach die Gruppe I bis VI von der Kürzung unberührt bleiben sollte, im Interesse der allgemeinen sozialpolitischen Aufgaben der Versicherung, die sie insbesondere auch für qualifizierte und höher entlohnte Berufsgruppen habe, gelegen sei. Für ebenso unerträglich, wie die Annahme eines solchen Antrages, bezeichnete Spliedt die von der Kommission beschlossene Verlängerung der Wartezeit für Hauptunterstützungsempfänger ohne Zuschlagsberechtigte auf zwei Wochen. Ebenso äußerte er erhebliche Bedenken gegen die weiterhin vorgesehene Senkung der Unterstützung bei Ortswechsel durch Anpassung an das Lohnniveau des jeweiligen Unterstützungsortes. Dieser Antrag, der vorwiegend für die Saisonarbeiter Bedeutung habe, werde nun aber noch weiter dadurch außerordentlich verschärft, daß darüber hinaus eine allgemeine Senkung der Saison-

### Zum 11. August

Wir feiern uns selbst, wenn wir den 11. August feiern. Wir sind es, denen durch die Verfassung die Freiheit gegeben ist.

10 Jahre haben wir sie erlebt. 10 Jahre getragen. Und an kritischen Tagen um sie gebangt, sie geschützt. Sie ist unser.

Wir erinnern uns jenes Tages, an dem die Verfassung dem Volke gegeben wurde. Wir überschauen 10 Jahre bedeutungsvoller Geschichte. Und doch tritt all das Erinnern zurück hinter dieses Erlebnis heute, da in der Brust: sie ist da, die Freiheit, wir bestimmen, wir sind der Staat. Und alles, was wurde und werden soll, schweift sich heute zusammen zu dem Freiheitserlebnis unserer selber.

Unser Herz wird weit. Unser Puls schlägt schneller. Unser Blut wallt heißer: wir tragen die Freiheit!

Und unsere Augen leuchten. Und stolz ist der Blick. Und wir ballen die Faust: Wehe, wer sich an diese Freiheit wagt!

Der Staat sind wir. Nur in der Republik liegt echter Idealismus. In dem letzten und reifsten Bühnenwerke eines Schiller, dem Tell, da ist es das Volk, das sich zu Freiheit erhebt.

Und doch lehnen Menschen gerade aus Idealismus, wie sie das nennen, die republikanische Verfassung ab.

Und der Jugend mit ihrem idealistischen Bedürfnis wird die Republik in öden und erbärmlichen Farben geschildert.

Die sterbende Gesellschaft hat nicht mehr das Feuer des Herzens, das idealistisches Freiheitsfühlen erleben kann.

Besonders stehen Frauen mit ihrem seelischen Suchen, auch Frauen des Volkes, so oft noch im Banne der Reaktion. Aber im Tell, da wird der Freiheitsgedanke des Volkes aus der Familie geboren: eine Frau ist es, die ihn zuerst mit bebendem Herzen spricht. — Frauen, erwacht!

Laßt uns die Freiheit in den Herzen tragen! Fort und fort! Sie soll glühen in uns! Sie soll uns begeistern!

Und die Freiheit wird zünden und die Laesten selbst mit lodrender Flamme erfassen. Und alle werden die Träger einer neuen, schöneren Gestaltung auch der Arbeit sein.

Wir. Wir alle. Das Volk. Das ganze schaffende Volk.

Dr. Gustav Hoffmann

### Schwester Christine

Von Lydia Ruehland

(Schluß)

Dort lag der neue Kranke tagelang in wilden Fieberschauern. Er rang einen erbitterten Kampf mit dem Aufseher, der ihn ins Zuchthaus einliefern sollte. Aber wenn er aufspringen und den ihm an Körperkraft kaum gewachsenen Mann an der Gurgel packen wollte, verschwand dieser, und hilfloser denn je fiel er in die Rissen zurück. Noch jemand war da. Ein Mädchen mit stillen Augen. Den strengen Scheitel deckte eine weiße Haube. Unter dem Kinn trug sie eine Brosche, darauf war ein Kreuz in Blut getaucht wie ein lichterotes Mal auf goldhellem Grunde. Leise kam und ging das Mädchen. Sie legte ihm kühlende Kompressen auf die brennende Stirn. Sie gab ihm zu essen und zu trinken und bettete ihn sanft. Wer war nur das Mädchen? wie kam die Lichtgestalt in seines Kerkers Nacht? Und die Augen, wo hatte er diese Augen schon gesehen? Gesehen hatte er sie schon einmal. Ganz gewiß. Wann? In weiter, weiter, nebelgrauer Ferne tauchte eine Erinnerung auf . . . aber der Mund, der zu jenen Augen gehörte, lächelte immer. Der Mund dieses stillen Mädchens aber verstand nicht zu lachen, geschweige zu lächeln. Und dann lag in jenen Augen mehr Glanz, mehr Sonne. Diese Augen aber blickten wie durch Schleier. . . . Nein, die Erinnerung trog. . . .

Eines Tages rief ihn jemand mit starker Stimme an; langsam erst und ganz allmählich wichen die Schatten einer endlosen Nacht von ihm. Er sah einen Mann in langem, weißen Kittel an seinem Bette stehen, der ihn ernst und prüfend betrachtete. Und daneben wieder das Mädchen mit den großen stillen Augen.

Arbeiterunterstützung auf die Höhe der Krisenunterstützung und eine allgemeine Verlängerung der Wartezeit für Saisonarbeiter, auch für solche mit Angehörigen, beschlossen worden sei. Durch diese Beschlüsse sei der mit dem vorher erwähnten Staffelantrag von seinen Urhebern insbesondere verbundene Zweck, eine Sonderregelung für die Saisonarbeiter überhaupt überflüssig zu machen, praktisch unmöglich geworden.

Kollege Spliedt weist des Weiteren noch darauf hin, daß in der Frage der eigentlichen Mißstände und erkennbaren sozialpolitischen Ueberspannungen geeignete Vorschläge auch die Zustimmung des ADBB. gefunden hätten. Es sei eine Reihe einstimmiger Beschlüsse zustande gekommen, so z. B. über den Begriff der Arbeitslosigkeit, über Anrechnung von Wartegeld und Ruhegehalt, über eine beschränkte Anrechnung der sozialen Renten. Unmöglich sei jedoch die Zustimmung zu den eigentlichen Abbauanträgen gewesen, und zwar um so mehr, als nach den von den Sachverständigen des ADBB. angestellten Berechnungen auch eine Beitragserhöhung um nur  $\frac{1}{2}$  v. H. zusammen mit den auch von ihnen anerkannten Ersparnismöglichkeiten aller Wahrscheinlichkeit nach völlig ausreichend sei, um die Sanierung der Versicherung herbeizuführen.

Er sei sich darüber klar, daß diese Mehrheitsvorschläge des Ausschusses im Reichstage eine schwierige politische Lage schaffen werden. Auf der anderen Seite aber müsse er betonen, daß diese Schwierigkeiten seiner Meinung nach mit allen Konsequenzen in Kauf genommen werden müßten, wenn es gelte, einen ungerechtfertigten Abbau der Arbeitslosenversicherung zu verhindern.

Für die Debatte hatten sich von vornherein zahlreiche Redner gemeldet, die sich alle gegen die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung aussprachen. In seinem Schlußwort hat Spliedt um die einstimmige Annahme der Resolution. Es ist nicht daran gedacht, die Heimarbeiter der Versicherung zu entziehen. Ob später im einzelnen Unterschiede herauskommen, das kann natürlich niemand voraussehen. Der Ausgleich des Lohnniveaus ist tatsächlich ein schweres Problem. Im Prinzip sollte man die Normalarbeitszeit zur Grundlage machen; praktisch kommt man dabei allerdings in große Schwierigkeiten. Wir haben ein äußerst liberales System: 26 Wochen Arbeit, 26 Wochen Unterstützung; eine Woche Beitrag, eine Woche Unterstützung. Wir werden auch im nächsten Jahre weiterhin eine stark saisonmäßige Arbeitslosigkeit behalten. Das liegt an den klimatischen Verhältnissen in Deutschland, das liegt an der Struktur unserer Wirtschaft. Bei den kommenden Verhandlungen

gen im Reichstag muß die Partei wissen, wie weit sie zu gehen hat. Klarheit ist immer noch das Beste bei allen diesen Kämpfen.

Zusammenfassend stellte Leipart die Uebereinstimmung des Ausschusses fest in der Ablehnung der Vorschläge des Reformausschusses. Wir dürfen es uns nicht gefallen lassen, daß nur die Arbeiterschaft die Opfer der Rationalisierung tragen soll. Die Arbeitslosigkeit wird im Laufe der Zeit geringer werden. Wir können es nicht zugeben, daß der Reichsfinanzminister bei seiner Ablehnung verbleibt, der Reichsanstalt auf keinen Fall Sonderbeträge zur Verfügung zu stellen. Wie gering erscheint eine solche Summe gegenüber den riesigen Lohnverlusten, die durch den Arbeitsausfall entstehen. Die Gewerkschaften haben eine Erhöhung der Beitragslasten angeboten; die andere Seite hat sie nicht angenommen. Was die Unternehmer beizutragen haben, wird letzten Endes doch auch von der Arbeiterschaft erarbeitet. Erst sprach man nur von Mißbräuchen; jetzt soll dieser Einwand plötzlich nicht mehr gelten? Jetzt soll eine Verminderung der Leistungen notwendig sein? Die Gewerkschaften werden sich dagegen zur Wehr setzen.

Einstimmig wurde sodann folgende Entschließung angenommen:

Der Bundesausschuß lehnt die von der Mehrheit des Sachverständigenausschusses zur Reform der Arbeitslosenversicherung gemachten Vorschläge, soweit diese über die Beseitigung offensichtlicher Mißbräuche und sozialpolitisch unerwünschter Gesetzesauswirkungen hinaus eine allgemeine Verschlechterung der Versicherungsleistungen eintreten lassen, entschieden ab.

Die Staffelung der Unterstützungshöhe nach der Länge der unterbrochenen Beitragsleistung ist eine Verletzung der elementarsten sozialpolitischen Grundsätze. Die Verlängerung der Wartezeit auf zwei Wochen stellt eine untragbare Härte dar. Unerträglich ist die noch weit darüber hinausgehende Unterstützungsbeschränkung für die Saisonarbeiter.

Der vorgeschlagene allgemeine Leistungsabbau wird mit dem Zwang zur finanziellen Sanierung der Arbeitslosenversicherung zu rechtfertigen versucht, wobei ein Jahresdurchschnitt von 1,1 Millionen Unterstützter zugrunde gelegt wird. Der Bundesausschuß erhebt schärfsten Protest dagegen, daß ein so furchtbares Ausmaß von Arbeitslosigkeit kaltblütig zur Grundlage einer Dauerregelung der Versicherung gemacht wird. Er verlangt, daß statt dessen endlich energisch Abwehrmaßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit durchgeführt werden, wie sie von den Gewerkschaften seit Jahren vorgeschlagen worden sind, zu denen nunmehr auch eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit notwendig wird.

Ein Abbau der Arbeitslosenunterstützung läßt sich um so weniger begründen, als tatsächlich die von der Mehrheit der Sachverständigenkommission empfohlene Beitragserhöhung um ein halbes Prozent in

Nach kurzem Verweilen ging der Weißgekleidete weiter, von Bett zu Bett. Dann verließ er den Saal. Und das Mädchen folgte ihm.

Nun sah er sich um, betrachtete sich und die anderen Insassen. Und nun wußte er, wo er sich befand. Wußte, wie alles gekommen und daß alles vergeblich gewesen. Eine rasche heiße Blutwelle durchflutete seinen Körper.

Auf ein Klingelzeichen eines Kranken trat das Mädchen wieder ein.

„Schwester Christine, ich lege nicht gut,“ sagte jener und sie lagerte ihn bequemer, zugleich sein Bett auf die sonnige Terrasse schiebend.

Er wagte kaum, ihr mit den Augen zu folgen. Er hatte es gehört: Schwester Christine . . . o über die Schmach! Warum war ihm sein Sprung nicht besser geglückt, warum ruft ihn das Leben immer wieder von der Schwelle des Todes zurück? Was konnte es wohl mit ihm noch Gutes im Sinne haben? Und daß man ihn gerade hierher gebracht! Hier mußte er ja gesund werden, um dann in Ketten geschlossen zu werden, wie ein Hund. Er kannte das Zuchthausreglement nur zu gut. Er — dort Stammgast — o, es war ja nicht auszudenken. Wild stöhnte er auf. Die Schwester wandte sich zu ihm. „Haben Sie Schmerzen?“ Sie dachte nicht daran, daß er sie erkennen könnte. Zehn Jahre ist eine lange Zeit. Und die nivellierende Tracht, wo alle beinahe gleich aussehen. Sie hatte ihn ja auch nicht sofort erkannt, nur der Name . . . „Tina,“ ringt es sich von seinen Lippen. Ihr Gesicht wird um einen Schatten weißer. Sie bedeutet ihm, daß er jetzt schlafen soll. „Zur Besuchszeit,“ flüstert sie. Um diese Stunde kann sie ein Alleinsein ermöglichen. Die Kranken weilen viel lieber mit ihren besuchenden Angehörigen im schönen alten Hospitalgarten. . . . Und sie beginnt das Essen zu verteilen. Auch ihm reicht sie eine Schüssel. Und er nimmt und ißt. Der Leib leuchtet gebieterisch sein Brot, wenn auch die Seele von Kummer und Leid übersättigt ist.

Dann, am Nachmittag, tritt sie an sein Lager. Er liegt in

fiebernder Erwartung. „Tina, ich will sterben,“ bricht es sich von seinen Lippen.

„Man möchte wohl manchmal sterben, wenn es nach unserem Willen ginge,“ sagte sie leise, und das Herz klopfte ihr fast hörbar.

„Tina, ich muß sterben! Verstehst du — ich muß!“ Ein wildes Feuer brennt in seinen Augen. In seinem Blick glüht Heißhunger nach dem Ende.

„Was willst du von mir?“ Seine Wildheit lähmt sie fast. Ihre fragenden Blicke haften in seinen Augen und können sich nicht losreißen. Und zugleich dämmert ihr das Verstehen, daß sie ihre Hand dazu reichen soll . . . wie weit geht doch der Egoismus eines Mannes . . . „Weißt du, was du von mir forderst?“ Zorn und doch wieder Verstehen mit seinem Geschick, das ihn zerbrochen, ringen einen erbitterten Kampf mit ihr.

„Ja Tina! Ich weiß! Vergib mir! Nur dies eine Mal noch! Und sei barmherzig. Ich habe Schiffbruch gelitten. Zwölf Jahre da drin zu Ende zu leben, dazu reicht mein Leben ja doch nicht mehr. Nicht dort! Dort ist der Tod so grauenvoll — gib du mir Frieden — du hast ihn . . .“

Sie folgt dem Blick seiner todtraurigen Augen, die auf den kleinen weißen Schränkchen haften bleiben, dessen Schlüssel sie immer sorglich abzieht. Langsam, schwer erhob sie sich vom Rande des Bettes. In wildem Ringen kreisten die Gedanken in ihrem Hirn . . . Bild an Bild zog vorüber . . . zwölf Jahre Zuchthaus, ein qualvolles Vegetieren! Ein langsames Zutodemartern. Noch hatte sie ihn nicht gefragt, warum, wofür? Aber sie mußte ja, daß mit jeder neuen Mißetat das längst beglichene Konto nochmals aufgerechnet wird — vielleicht stand seine Tat in gar keinem Verhältnis zum Strafmaß. Aber Frau Justitia erkennt trotz ihrer verbundenen Augen das Rainszeichen auf der Stirn der Vorbestraften . . . zwölf Jahre . . . die trockene Guillotine nannten die Sträflinge die übermäßig lange Freiheitsberaubung — sie hatte es in der Hand, mit eines Alters Länge — und die Qual hatte ein Ende. Der Staat quält den

Verbindung mit einer erträglichen Regelung der Saisonarbeiterunterstützung ausreichen würde, um die Sanierung der Versicherung herbeizuführen.

Aus allen diesen Gründen verlangt der Bundesausschuß von der Regierung und dem Reichstag die Ablehnung aller auf den grundsätzlichen Abbau der Versicherungsleistungen gerichteten Bestrebungen. Er stimmt der Haltung seiner Sachverständigen in der Reformkommission zu und beauftragt den Bundesvorstand, alle Maßnahmen zu treffen, um eine Regelung im Sinne der bisher vom Bundesvorstand vertretenen Auffassung zu erreichen.

## Konferenz- und Versammlungsberichte

**Breslau.** Am 29. Juli hielt die hiesige Zahlstelle ihre Generalversammlung ab. Zuerst erstattete Genosse Dr. Korn ein Referat über Geburtenzwang und Geburtenregelung (§ 218 StrGB.). In klarer, ausführlicher Weise wußte der Vortragende das Thema zu meistern, worauf er großen Beifall der Kolleginnen und Kollegen und den Dank des Vorsitzenden erhielt. Den Geschäftsbericht erstattete Kollege T i e. Er führte an, daß das verlossene Quartal in der Organisation etwas besser als das vorhergehende gewesen sei. In mehreren Versammlungen und Konferenzen ist das Lohnabkommen in der Zigarren- und Zigarettenindustrie besprochen worden. Darauf folgte der Kassenbericht. Den Revisionsbericht gab Kollege U r a s. Sein Antrag, dem Kollegen T i e Entlastung zu erteilen, wurde einstimmig angenommen.

**Leipzig.** Am 12. Juli fand im Volkshaus die Viertelfahrtsgeneralversammlung statt. Nach Ehrung der im Quartal verstorbenen Widelmachersin Marie Leipzig durch Erheben von den Sitzen erstattete der Kassierer, Kollege L a m p e, Bericht über die Abrechnung vom 2. Quartal. Die Abrechnung ergab, daß die Gesamteinnahme für die Verbandskasse einschließlich des Kassenbestandes vom 1. Quartal im Betrage von 490,18 M rund 4267,83 M betrug, welcher eine Gesamtausgabe von 3326,25 M, worin 2500 M an den Vorstand gesandte Gelder mit enthalten sind, gegenübersteht. So daß am Schlusse des Quartals noch ein Kassenbestand von 941,48 M vorhanden war. Die Einnahmen und Ausgaben der Lokalkasse bilanzierten, einschließlich der Kassenbestände vom 1. und 2. Quartal, mit einer Gesamtzahl von 3634,08 M. Der Kollege B ö t t e r gab hierzu bekannt, daß eine stattgefunden Revision alles in bester Ordnung vorgefunden und beantragte Entlastung des Kassierers, welche auch einstimmig erteilt wurde. Hierzu gab der Kollege R e s c h k e bekannt, daß eine Einladung der Bezirksleitung Waldheim eingegangen sei, welche zur Teilnahme an dem am 18. August in Leisnig stattfindenden Bezirkstreffen auffordert, wozu die Verwaltung der Zahlstelle Leipzig die Mitglieder um zahlreiche Anteilnahme und Einzeichnung in die zirkulierenden Beteiligungslisten ersucht. Unter Ein- und Ausgängen berichtete Kollege R e s c h k e, daß die Ortsverwaltung in einer Sitzung zur Lohnvereinbarung in Hamburg Stellung genommen und nachfolgende Entschliebung dem Vorstand zur Veröffentlichung im „Tabak-Arbeiter“ überwiesen habe: „Die Ortsverwaltung — nunmehr

die Mitgliederversammlung — der Zahlstelle Leipzig protestieren gegen die Hamburger Vereinbarung, und müssen aufs schärfste das magere Ergebnis der Lohn- und Tarifverhandlungen in der Zigarrenindustrie verurteilen. Sie stellen sich voll und ganz auf den Standpunkt, der von dem aus Leipzig dort anwesenden Verbandsbeiratsmitglied vertreten worden ist, welcher sich für Ablehnung dieses gänzlich unzureichenden Abkommens, insbesondere der langfristigen Laufdauer bis zum 31. März 1931, ausgesprochen hat. Weiter appellieren sie an die gesamte organisierte Tabakarbeiterchaft Deutschlands, ihre bisherige Langmut und Lammgeduld nun bald einmal aufzugeben, und wünschen, daß auch bei ihnen sich etwas mehr Kampfgeist entwickeln möge, um bei zukünftigen derartigen unzulänglichen Ergebnissen auch einmal mit anderen Mitteln aufzutreten, denn nur durch entschlossenen Kampf gegenüber dem rücksichtslosen Unternehmertum in der Zigarrenindustrie ist es möglich, auch für die Tabakarbeiterchaft bessere Verhältnisse zu schaffen.“ Nachdem noch die Antwort der Redaktion hierzu bekanntgegeben war, setzte eine lebhaftige Debatte ein und wurde nach Schluß derselben die obige Entschliebung gutgeheißen. Gegen eine Stimme wurde beschlossen, selbige zur Veröffentlichung im „Tabak-Arbeiter“ abzusenden. Weiter wurde ein Ausgang an Wilhelm Senfarth, welcher bei der Firma Haschke beschäftigt ist, verlesen. Der Inhalt war eine höflich gehaltene Aufforderung, doch baldigst seinen organisatorischen Verpflichtungen in punkto Beitragszahlung nachzukommen. Die Antwort dieses Nachkollegen war seine sofortige Abmeldung. Dieser Senfarth fühlt sich überhaupt sehr erhaben, bildet er sich vielleicht gar etwas auf seinen Fabrikantentitel ein; er produziert nämlich noch außerhalb der Fabrik selbständig ein paar Mille Zigaretten. Sollte er sich für zu gut halten, mit den anderen Kollegen in einer Organisation zu sein, so wundern wir uns nur, daß er es jahrelang aushält, mit diesen Kollegen an einer Arbeitsstätte zu weilen. Unter Verschiedenes wurde einstimmig nachfolgende Entschliebung zur Weiterleitung an den Ortsauschuß des ADGB. Leipzig angenommen: „Die Mitgliederversammlung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes, Zahlstelle Leipzig, begrüßt, daß der Bezirksauschuß des ADGB. Sachsen auf seiner Tagung den Meldezwang der Arbeitgeber an die Arbeitsnachweise bei Bedarf von Arbeitskräften fordert. Die Versammelten erwarten, daß mit allen Kräften diese Sache gefördert wird, damit endlich einmal der Meldezwang erreicht wird.“ Hierauf Schluß der Versammlung.

**Tabakarbeiter-Bezirkstreffen in Leisnig.** Der Bezirk Waldheim, Döbeln, Hartha, Leisnig und Geringswalde veranstaltet am 18. August ein Treffen seiner Mitglieder in Leisnig. Gefahren wird bis Bahnhof Klosterbuch. 8 bis 9 Uhr Sammeln. Abmarsch mit dem Bläserkorps des Turn- und Sportvereins Leisnig nach der Klosterschänke „Erholungsheim Pantrißch“ und dann nach Leisnig. Dasselbst Mittagessen, anschließend Stadtbesichtigung. Von 16 Uhr ab Gartenkonzert mit anschließendem Tanzchen im Ballsaal „Johannistal“. Die Zahlstellen Leipzig, Dresden, Meißen, Frankenberg und Mittweida, welche durch Rundschreiben eingeladen worden sind, haben bereits ihre Teilnahme zugesagt. Eine recht zahlreiche Beteiligung am Treffen in der schönen Bergstadt Leisnig im herrlichen Muldetal erwartet die Bezirksleitung.

Delinquent mit den furchtbarsten Marterwerkzeugen, weil er ihn gerade gefaßt hat . . . und wen er nicht faßt . . . ?

Sie hatte oft darüber nachgedacht, ihr stark entwickeltes Gerechtigkeitsgefühl lehnte sich auf gegen das, was Menschen göttliche Weltordnung nannten. Ob es ein Unrecht war, wenn man korrigierend eingriff in das, was Menschen geschaffen, irrende, menschliche Menschen? Der vorliegende Fall war hoffnungslos, der seelische Defekt war unheilbar, aber die Gesellschaft, die sich Rächeramt anmaßte, war nicht ohne Schuld. Dennoch bestand sie auf dem, was sie „Recht“ nennt. Ihr gehört der Strafvollzug. „Sei barmherzig! Ich flehe dich an. Mir bleibt nicht viel Zeit!“ drängte er noch einmal.

Zeit blieb wohl nicht. Sie wußte das seit gestern. „Der Häftling kommt langsam zu Kräften“ hatte der Arzt gestern nach der Abendvisite geäußert. „Wir können bald daran denken, ihn zu isolieren.“ Und dann würde die Gerechtigkeit ihren Lauf nehmen. . . .

Schwester Christine ist nicht mehr sie selbst. Leise klirrt das Glas, als sie es auf die Glasplatte des Tisches, bis an den Rand mit Wasser gefüllt, stellt. Mechanisch schiebt sie den Schlüssel ins Schloß des kleinen weißen Schränkchens, wie in Gedanken öffnet sie, schließt wieder, ohne den Schlüssel wie sonst an sich zu nehmen. Kein Blick fällt auf das Bett des Kranken. Starren Auges geht sie hinaus. Die Kniee wollen den Dienst aufkündigen. Aber in unheimlicher Ruhe betritt sie ihr Zimmer, über die fast versteinerten Züge ihres Gesichts zuckt es auf, wie der Schatten eines Lächeln. — Und drin, im einsamen Saal, schleicht ein Mann, unsicher taumelnd wie ein schwer Trunkener, und doch so sicher zwischen den Phtolen im kleinen Schränkchen die richtige tastend, zu seinem Bett zurück. Die Züge verklären sich, jetzt hält er den Frieden fest, die Zeit ist vorbei, wo er wie ein geheftes Wild durch die Lande jagte, die entsetzliche Spanne zwischen vollbrachter Tat und Gefaßtwerden, wo am Ende des Weges das Zuchthaus seine Pforte öffnet — nie wieder braucht er diesen Weg zu gehen, nie wieder. Er ist frei und stirbt frei. . . . Bierig wimmt er den Inhalt des kleinen Fläschchens in sich auf, wie

etwas Köstliches . . . schwer fällt der Kopf in die Kissen zurück, ein kurzer Ruck durchzittert den Körper, ein Strecken und Dehnen und über die fahlen Züge huscht leise und gütig ein Strahl der Sonne, glättend und auslöschend, was das Leben mit hartem Griffel geschrieben.

## Die Sache ist nicht ohne

Damit in dieser sonst so ernsten Zeit auch der Humor einmal zur Geltung kommt, bringen wir eine Notiz zum Abdruck, die das in Schöllkrippen erscheinende Wochenblatt „Der Hansjörg vom Speffart“ kürzlich veröffentlicht hat:

Uebel geworden ist es dieser Tage einem jungen Manne in einer hiesigen Wirtzchaft. Derselbe rauchte eine Zigarre und diese konnte nur die Ursache sein. Eine Untersuchung der Zigarre förderte dann auch eine Haarspange zutage. Daher die Uebelkeit. Man darf wohl annehmen, daß die Arbeiterin diese Haarspange nicht absichtlich der Zigarre einverleibte, sonst müßte man dies als eine große Ungehörigkeit bezeichnen. Aber nicht nur dies, es könnten unter Umständen auch noch Schadenanprüche entstehen wegen Gesundheitschädigung.

Es ist im Leben häßlich eingerichtet,  
denn nichts mehr bleibt ganz rein;  
so wickelte eine Arbeiterin, wie berichtet,  
selbst eine Haarspange in eine Zigarre hinein.

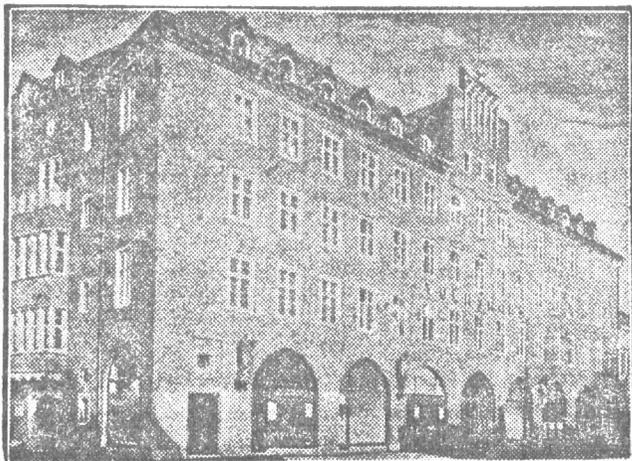
So was tut den Mund und Magen reizen,  
von Genuß kann da keine Rede sein —  
kein Wunder, wenn der Raucher anfang zu speuzen  
und es stellte sich auch Brechreiz bei ihm ein.

Man lacht darüber, aber die Sache ist nicht ohne,  
entstehen kann dadurch so allerlei;  
man fand auch schon Haare, auch schon eine Bohne.  
Drum ihr Widelmacher, laßt die Widel von allen Unrat frei.

# Das Volkshaus in Bremen

Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft Bremens hat mit ihrem schönen Volkshaus einen weithin sichtbaren Sammelpunkt, ein Kraftzentrum ersten Ranges geschaffen. Dieses imponierende Gebäude gibt Kunde von dem Vorwärtsdringen der organisierten bremischen Arbeiterschaft. Diesem jüngsten deutschen Gewerkschaftshause soll nachstehende Betrachtung gewidmet sein.

Betreten wir durch die Hauptpforte an der Nordstraße die Eingangshalle, so fällt uns sofort die Verbundenheit der Außen- und Innenarchitektur auf. Hier wie außen große Flächen, kühn geführte Gradlinigkeit. Das Material ist bester Naturstein. Ihr schwaches Lilarot und das stumpfe, alle Skalen durchlaufende Gelb geben den Ton für die ganze Innenraumfarbe an. Ein sorgsam ausgewogenes Absetzen dieser beiden Gesteinsarten schafft Farbenwirkungen von eigenartigem Reiz. Dieselbe Farben- und Formenwirkung setzt sich in der Wandelhalle fort. Die Wände sind in der Farbe des Mainsandsteins gehalten, das sich nach oben zu immer mehr lichtet, um an der Decke in ein mattes Weiß überzugehen. Kein Ornament, keine absetzende Linie stört den organischen Fluß der Farbe und Formen. Hier ist ein Versammlungsort bei wichtigen Anlässen. Aber auch für Vorträge mehr öffentlichen Charakters gibt diese Wandelhalle einen trefflichen Rahmen ab. Solange der große Saalbau noch nicht fertiggestellt ist, finden sich in der Wandelhalle die Bremer Genossinnen und Genossen zu geselligen Zusammenkünften.



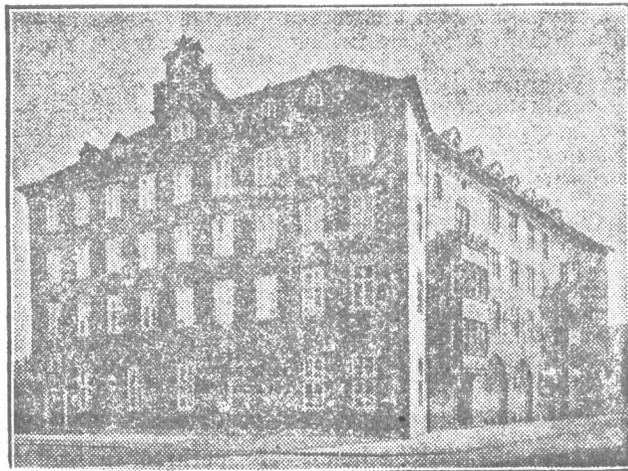
Das Restaurant ist selbstverständlich für jedermann geöffnet. Den hinteren Raum beherrscht Hoetgers „Bacchus“, ein kraftge-spanntes Bildhauerwerk aus Sandstein am Mittelpfeiler. Das Gestühl, die Treppe, die Wandbekleidungen sind in rauchgrauer Eiche gehalten. Die Wände sind dem Holzton angepaßt, und so herrscht ein wohlthuender Einklang im Ganzen. Anschließend das Café und ein weiterer Raum.

Von der Wandelhalle führt ein Wandelgang zum Vortrags- und Filmsaal. Seinen Charakter bestimmt die Wandbekleidung aus Kacheln. Ihr rostbrauner, mattglänzender Ton, der vorübergehend auch in die grüne Komplementärfarbe spielt, läßt eine erwärmende Stimmung auf jeden in diesem prächtigen Raum Verweilenden ausströmen. Das Haus hat außerdem drei Versammlungssäle. Sie haben, ihrem Zwecke gemäß, schlichten, sozusagen sachlichen Charakter. Die in Größe und Farbenhaltung unterschiedenen Säle genügen selbst dem regsten gewerkschaftlichen Leben.

Unser Rundgang führt uns nun von diesen Stätten der Debatten hinüber zu den Räumen, wo Archiv und Bibliothek der bremischen Arbeiterschaft untergebracht sind. In endlosen Reihen stehen die Bücher und Büchlein da. Unsere treuen Kameraden in den wenigen Mußestunden zwischen Arbeit und Schlaf, die uns so manche neue Erkenntnis, so manche unerseßliche Hilfe, so manche frohe Erbauungsstunde geben. Der anschließende Lesesaal ist anheimelnd gestaltet. Geschmackvolle Einrichtung und praktische Beleuchtung laden zum Verweilen ein. Der Lesesaal bildet die Brücke zu den Räumen, in denen das Jugendheim eine bleibende Statt gefunden hat. Welch ein Abstand gegen früher, wo die Jugend mit dumpfen Kellerräumen oder kalten Dachgeschossen sich bescheiden mußte. Fünf große lichte Säle mit Parkettfußböden, in hellen, frohen Farbenzusammenstellungen, stehen unserer Jugend zur Verfügung.

Die Büros der Gewerkschaften sind auf das modernste eingerichtet. Ein ganzer Flügel des Hauses enthält die Räume der Arbeiterkammer. Große, helle Büroräume sorgen für Reibungslosigkeit des Verkehrs. Ein bewundernswertes Dokument des machtpolitischen Willens aber ist der sogenannte Kammeraal. Das erste, was uns beim Eintritt in den imposanten Raum in die Augen fällt, ist ein leuchtendes Rot, das von den in Sufelsenform stehenden Sesseln ausströmt. Man fühlt unwillkürlich: hier ist ein Thronsaal der Arbeit.

Um den vielen auswärtigen Gästen der mancherlei Tagungen, den vielen Urlaubsreisenden aus Arbeiterkreisen des Binnenlandes im eigenen Hause ein gastlich bereitetes Bett bieten zu können, hat das Volkshaus in zwei Stockwerken ein Hotel geschaffen, das auch den verwöhntesten Ansprüchen gerecht wird. Rund hundert Betten in Doppel- und Einzelzimmern stehen zur Verfügung. Die Zeit wird zeigen, daß diese freundliche Gaststätte nur einem längst bestehenden Bedürfnis Rechnung getragen hat. Wir sind freudig überrascht über die gediegene, geschmackvolle, ja den Geschmack bildende und erziehende Einrichtung dieser Räume. Die Wände sind ohne Zierrat in lichter, froher Farbe, die Möbel sind ebenfalls in freundlichem Farbton gehalten. Ein geräumiges Waschbecken, mit fließendem kaltem und warmen Wasser, ladet ein, den Reifestaub herunterzuspülen. Ein breiter Kristallspiegel überzeugt uns davon, ob wir uns beruhigt in der menschlichen Gesellschaft sehen lassen



können. Behagliche Wärme erfüllt den Raum, dem ein großes Fenster (mit Doppelfenster) reichlich Licht spendet. Der nächste Morgen läßt uns dann feststellen, daß man im „Volkshaus“ ausgezeichnet geschlafen hat; denn Bett und alles Drum und Dran (wie Bad usw.) erfüllte die verwöhntesten Ansprüche. Mit der Einrichtung einer Herberge wird eine soziale Pflicht denen gegenüber erfüllt, die gar manchmal vergessen werden. Hier finden alle die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für die Nacht ein behagliches Obdach. Die sauberen weißen Betten stehen in freundlichen blitzsauberen Zimmern. Ein Duschenbad sorgt für Erfrischung. Der andere Morgen entläßt den unruhigen Gast mit einem Frühstück gestärkt wieder in die Welt.

Das Bremer Volkshaus beherbergt noch das Gemeinnützige Bestattungs-Institut und die Ausstellungsräume, die damit verbunden sind. In würdiger Form gehalten wird in diesen Räumen gezeigt, wie jedem nüchternen und geschäftsmäßigen Betrieb abhold, die letzte traurige Pflicht dem Toten gegenüber erfüllt werden kann. In der anschließenden Blumenhalle zeigt die dem Gemeinnützigen Bestattungs-Institut angegliederte Gärtnerei ihre Erzeugnisse. Auch in diesen Nebenräumen des Volkshauses spürt man sehr deutlich, daß man in Bremen das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden weiß.

Hat man den Rundgang im Bremer Volkshaus beendet, so kann man die Bremer Arbeiterschaft zu einem solchen Bestätum beglückwünschen. Denen aber, die das Volkshaus in Bremen noch nicht kennen, möchten wir sehr eindringlich zurufen: Führt euch der Weg nach dem schönen Bremen, so geht zum Volkshaus! Was die bremische Arbeiterschaft dort geschaffen hat, ist wert, überall bekannt zu werden. Jeder Besucher des Hauses hat schon beim Betreten desselben das Gefühl, an einer wohnlichen und heimischen Stätte zu sein. Jeder wird einen tiefen Eindruck darüber mitnehmen, was fleißige Gewerkschaftsarbeit zu erreichen vermochte.